## Kreistag gegen Schlickverklappung

Grüne legen Resolution im Umweltausschuss gegen Hamburger Hafenschlickdeponie bei Scharhörn vor / Einstimmiges Votum

## Von Ulrich Rohde

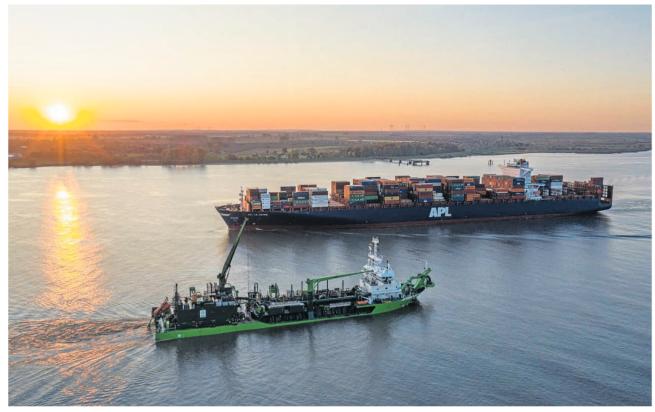
KREIS CUXHAVEN. Der Protest gegen die von Hamburg geplante Verklappung von belastetem Hafenschlick bei Scharhörn am Rand des Nationalparks Wattenmeer hat nun auch die Kreispolitik erreicht. Nachdem bereits die Städte Cuxhaven und Otterndorf Resolutionen gegen die Schlickdeponie beschlossen hatten, brachte nun auch der Umweltausschuss des Kreistages ein entsprechendes Papier einstimmig auf den Weg, das am Freitag in einer Woche vom Kreistag abgesegnet worden soll.

Die Resolution, die von der Fraktion der Grünen in den Ausschuss eingebracht worden war, ist an den Hamburger Senat gerichtet und beinhaltet die Ablehnung des öffentlich gewordenen Vorhabens. Sedimente aus dem Hafen bei der Vogelschutzinsel zu verklappen. Darüber hinaus wird auch die Verklappung von Hamburger Schlick im Gebiet Neuer Lüchtergrund vor Cuxhaven, das bereits von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zur Deponierung von Sedimenten aus der Unterelbe genutzt wird, abgelehnt.

## Gefahr für das Wattenmeer

Begründet wird die Ablehnung damit, dass beide von Hamburg neu geplanten Verklappungsgebiete für den Landkreis Cuxhaven und dessen Küstenkommunen durch die erwartbar stattfindende Verdriftung der ökotoxisch belasteten Sedimente eine erhebliche Gefahr für die Qualität ihrer vorgelagerten Wattgebiete und Flussufer bedeuten würde. Daraus könne ökologischer und touristisch-wirtschaftlicher Schaden entstehen.

Zudem drohe dem Weltnaturerbe Nationalpark Wattenmeer in seiner ökologischen Existenz Gefahr. Darüber hinaus sei die geplante Verbringungsstelle auch Fanggebiet von Elb- und Krab-



Das **Saugbaggerschiff** "Scheldt River" passiert auf der Elbe einen Containerfrachter. Die Hansestadt Hamburg sucht verzweifelt nach Möglichkeiten, die stetig steigenden Schlickmengen aus dem Hafen loszuwerden, so bei der Vogelschutzinsel Scharhörn. Foto: WSA

benfischern, deren Existenz bedroht würde.

Die Resolution bezieht sich auch auf die europäische Wasserrahmenrichtlinie, die eine Verbesserung der Wasserqualität und die Vermeidung einer Verschlechterung vorgibt. Zudem widersprächen die Pläne Hamburgs der Schutzgebietsverordnung "Niedersächsischer Mündungstrichter der Elbe", die einen Eintrag von Schadstoffen in die Außenelbe verbietet. Weiter führt die Resolution diverse internationale Abkommen und Richtlinien an, gegen die eine Verklappung bei Scharhörn ebenfalls verstoßen würde.

Alle Elbanrainer, die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie die Stadt Hamburg, aber auch die Landkreise auf beiden Elbseiten werden zudem gebeten, die nationale und Wassergesetzgeinternationale bung zu beachten und den Gewässerschutz sicherzustellen. Außerdem wird angeregt, eine Konferenz der Elbanrainer einzuberufen, um zu einer Lösung für die Unterhaltungsbaggerei zu kommen, die die Tideelbe und die Deutsche Bucht von ökologischen Belastungen weitgehend freihält. Initiativen für eine Hafenkooperation der norddeutschen Häfen würden begrüßt.

Hamburg suche händeringend nach Möglichkeiten, den Hafenschlick zu verklappen, so Marianne Peus von den Grünen. Allein in diesem Jahr gehe es um bis zu vier Millionen Kubikmeter Schlick, für die es bislang noch keine Entsorgungsmöglichkeit gebe.

Bislang darf Hamburg jährlich 1,5 Millionen Kubikmeter belasteten Hafenschlick bei der Tonne E 3 in der Nordsee vor Helgoland verklappen, insgesamt fünf Millionen Tonnen. Hamburg ist bestrebt, die Vereinbarung mit Schleswig-Holstein, in dessen Hoheitsgebiet die Tonne E 3 liegt, zu verlängern. Derzeit prüft die

Bundesanstalt für Gewässerkunde auch, ob Hamburg im Neuen Lüchtergrund vor Cuxhaven anteilig etwa 0,6 Millionen Tonnen Hafenschlick pro Jahr unterbringen darf. Zusätzlich bereitet Hamburg einen Antrag an das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) vor, um Hafenschlick auch in die Außenwirtschaftszone (AWZ) nordwestlich von Helgoland verbringen zu können.

Kreistagsabgeordneter Gunnar Böltes (SPD setzt vor allem auf die Umsetzung eines nationalen Hafenkonzepts. "Wir wollen nicht der Abfalleimer von Hamburg werden."